

SULZBACH-ROSENBERGER ZEITUNG

Mittwoch, 6. Mai 2015

Regionalausgabe mit Auerbach und Umland

Nr. 103 · 1,60 Euro

www.oberpfalznetz.de



Kampf ums Überleben

Bild: AFP

In Nepal fehlt es jenseits der Städte noch immer am Lebensnotwendigen. Lichtblicke bieten die vielen privaten Hilfen. Der evangelische Pfarrer aus Sulzbach-Rosenberg übergab die erste Oberpfälzer Soforthilfe. (Seite 3)

Sie lesen heute

Themen des Tages

Abgeordnete: Trasse an der Region vorbei

Eine Spitzenrunde von Netzbetreibern und Bundesnetzagentur bei der SPD-Landesgruppe hat Euphorie ausgelöst. Die geplante Gleichstromtrasse werde die mittlere und nördliche Oberpfalz nach derzeitigem Stand nicht betreffen, teilten die Abgeordneten Uli Grötsch und Marianne Schieder mit. **3**

Wirtschaft

Volkswagen rollt in die Ära nach Piëch



Wolfgang Porsche (links) und Berthold Huber, kommissarischer Aufsichtsratsvorsitzender von VW. Bild: dpa

Drei Wochen Führungskrise überschatteten die Hauptversammlung von VW. Ex-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch fehlte und war doch irgendwie präsent. Der Konzern sucht einen Nachfolger – aber mit wenig Eile. **20**

Sport

Juventus Turin schlägt Real Madrid 2:1

Real Madrid hat sein Halbfinal-Hinspiel in der Champions-League verloren. Die Königlichen unterlagen in Turin dem italienischen Meister Juventus 1:2. Bayern München tritt heute (20.45 Uhr/ZDF) im zweiten Halbfinal-Hinspiel gegen den FC Barcelona an. **9**

Wetter

morgens	mittags	abends
10°	12°	11°

Service

Der neue Tag Weigelstraße 16 92637 Weiden
Amberger Zeitung Mühlgasse 2 92224 Amberg
Abo-Service: Tel.(0961) 85-501
Anzeigen: Tel.(0961) 85-502
Red. Weiden: Tel.(0961) 85-261
Red. Amberg: Tel.(09621) 306-258
E-Mail: info@zeitung.org

OberpfalzNETZ.de
Der offizielle Internetauftritt des Medienhauses DER NEUE TAG

Bahn will heute neuen Vorschlag unterbreiten

Berlin. (dpa) Die Deutsche Bahn will auf die streikenden Lokführer zugehen. Bahnchef Rüdiger Grube kündigte in der „Bild“-Zeitung (Mittwochsausgabe) an, er wolle heute gemeinsam mit Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber „einen Vorschlag zur Befriedung der Lage“ unterbreiten. Dazu planen die beiden eine Pressekonferenz, wie es in Unternehmenskreisen hieß. Ort und Zeit wurden zunächst nicht genannt. „Der Tarifkonflikt darf nicht auf dem Rücken unserer Kunden und Mitarbeiter ausgetragen werden“, sagte Grube.

Wegen des am Dienstag auch im Personenverkehr begonnenen Streiks der Lokführergewerkschaft GDL haben viele Reisende auch in Bayern Zugausfälle und Verspätungen hinnehmen müssen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat sich offen gezeigt für eine strengere Reglementierung von Arbeitskämpfen im Bereich der Verkehrsnetze. „Das Ausmaß eingeschränkter Mobilität, das wir in diesem Tarifkonflikt erleben, kann man sich nicht ständig wiederholend leisten“, sagte der CSU-Politiker dem „Münchner Merkur“. An neuen Regeln, die derzeit intensiv debattiert würden, nannte er „die Vorschläge einer unumgänglichen Schlichtung, Ankündigungsfristen oder die Aufrechterhaltung einer Grundversorgung“. (Seite 19)

Union wettert gegen „Hysterie“ der SPD

Die Union will sich in der BND-Spionageaffäre von der SPD nichts vorhalten lassen. Die Genossen seien „hysterisch“ geworden, heißt es. Die Opposition fürchtet weitere Abgründe bei den Geheimdiensten.

Berlin. (dpa) Die Affäre um Ausspähungen des BND für den US-Geheimdienst NSA entzweit die Koalition. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mahnte am Dienstag mehr Verständnis für die Arbeit von Geheimdiensten an. SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel pocht weiter auf die Verantwortung Merkels. Es sei seine Aufgabe, bei denen nachzufragen, die es wissen müssen. Die seien „seit zehn Jahren verantwortlich“, sagte Gabriel am Dienstag nach Teilnehmerangaben in der Fraktionssitzung mit Blick auf die Union und Merkels Kanzlerschaft. Er wolle verhindern, „dass die SPD in diesen Sumpf hineingezogen wird“, sagte Gabriel.

CDU/CSU warfen der SPD Skandalisierung und Nervosität wegen ih-

res Umfragetiefs vor, nachdem Gabriel bereits zuvor Aufklärung gefordert hatte. Man bekomme keine Vorteile, indem man „hysterisiert und skandalisiert“, sagte der Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU). CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer warf der SPD schlechten Stil vor. SPD-Frakti-

Wir brauchen einen Ausstieg aus der Totalüberwachung.

Markus Beckedahl, Mitveranstalter der Internet-Konferenz „Re:publica“ in Berlin

onschef Thomas Oppermann entgegnete: „Wir haben in beiden Fraktionen eine klare Vorstellung davon, wie es nun weitergeht: Jetzt wird im Parlamentarischen Kontrollgremium und im Untersuchungsausschuss die Aufklärung vorangetrieben.“ Der PKGr-Vorsitzende André Hahn (Linke) forderte die SPD auf, tatsächlich auch aufzuklären. „Die SPD muss sich entscheiden.“ Merkel sagte nach Teilnehmerangaben in einer Sitzung der Unionsfraktion, Nachrichten-

dienste müssten mit politischer Rückendeckung arbeiten. Die deutschen Behörden könnten nicht allein den Schutz der Bürger sicherstellen, sondern seien auf Partner wie die NSA angewiesen. Aber natürlich dürfe der Bundesnachrichtendienstes (BND) nicht gegen Recht verstoßen.

Laut dem Grünen-PKGr-Mitglied Hans-Christian Ströbele filterte der BND bis 2008 zunächst per Einzelprüfung, quasi per Hand, unzulässige Suchkriterien heraus. Ab 2008 geschah dies demnach automatisch – so entstand beim BND eine Liste von 40000 illegalen Suchkriterien. Laut der Linke-Ausschuss-Obfrau Martina Renner wurden womöglich noch viel mehr Daten abgeschöpft. „Das Thema könnte größer sein.“

Mit einem Appell gegen die Überwachung der Bürger durch staatliche Dienste begann am Dienstag die Internet-Konferenz „Re:publica“ in Berlin. „Es geht um das System der Totalüberwachung und wir brauchen einen Ausstieg aus der Totalüberwachung“, forderte der Mitveranstalter Markus Beckedahl zum Auftakt des Treffens. (Kommentar und Seite 8)

Weitere Informationen zur „Re:publica“: www.oberpfalznetz.de/republica

Sperrgebiet Elmau

Großräumiges Demonstrationsverbot zum G7-Gipfel

Elmau. (dpa) Jetzt ist es amtlich: Beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau Anfang Juni gibt es einen großräumigen Sicherheitsbereich, der nicht betreten werden darf. Das Verbot tritt bereits am 30. Mai in Kraft – gut eine Woche vor dem Treffen. Es endet am Tag nach dem Gipfel (9. Juni), wie das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen am Dienstag mitteilte. Demonstranten ist damit der Zutritt zum Veranstaltungsort in weitem Umkreis untersagt. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industrienationen findet am 7. und 8. Juni auf

Schloss Elmau in der Gemeinde Krün statt. Der Sicherheitsbereich entlang der Zufahrtsstraße zum Gipfelort ist nach einem der Allgemeinverfügung beigelegten Plan etwa acht Kilometer lang und zwischen einem und gut drei Kilometern lang. Das Landratsamt begründet das Betretungsverbot mit der Gefahr von Anschlägen. Das Aktionsbündnis „Stop G7 Elmau“ hatte bereits zuvor kritisiert, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht „massiv eingeschränkt werden sollen“. Das Bündnis kündigte an, notfalls zu klagen.



Der vom Landratsamt Garmisch-Partenkirchen zur Verfügung gestellte Plan des Sperrgebietes für den G7-Gipfel rund um das Schloss Elmau. Teilweise wird es mit einem Stein Schlagzaun begrenzt. An der weiträumigen Absperrung entzündet sich die Kritik von G7-Gegnern. Bild: dpa